

## **Antrag**

**der Abgeordneten Claudia Loss, Sabine Jansen, Ralf Neubauer, Britta Schlage,  
Urs Tabbert, Dr. Isabella Vértes-Schütter, Güngör Yilmaz (SPD) und Fraktion**

**und**

**der Abgeordneten Linus Jünemann, Dennis Paustian-Döscher, Filiz Demirel,  
Mareike Engels, Britta Herrmann, Christa Möller-Metzger, Dr. Gudrun Schittek,  
Yusuf Uzundag, Peter Zamory, Eva Botzenhart, René Gögge,  
Zohra Mojadeddi (GRÜNE) und Fraktion**

**Haushaltsplan-Entwurf 2021/2022**

**Einzelplan 4**

**Betr.: Hamburgs Zukunft zu allen Zeiten klug, sozial und nachhaltig gestalten:  
Hilfe statt Strafe für junge Konsumenten/-innen illegaler Drogen –  
Zusammenarbeit von Suchtprävention und Jugendhilfe**

Seit März 2020 arbeiten Polizei und Suchthilfe für junge Menschen bereits nach dem erweiterten Konzept „Frühintervention bei erstauffälligen Drogenkonsumenten“ (FreD Plus) zusammen. Nachdem auch bei wiederholtem Tatbestand junge Menschen mit dem Anschreiben der Polizei auf das Projekt hingewiesen werden, ist die Zahl der Kontakte und Beratungsleistungen im Jahr 2020 in der Suchtberatung junger Erwachsener gestiegen.

Zielgruppe der Maßnahme sind junge Konsumenten/-innen illegaler Drogen, die mithilfe dieses Konzepts weg von der Kriminalisierung hin zu Drogenberatung und Suchthilfe und – in einem weiteren Schritt – auch zur Jugendhilfe und Jugendberufsagentur gelenkt werden sollen.

Damit die im Konzept vorgesehene schnelle Vermittlung in Beratung in maximal 72 Stunden erfolgen kann, ist eine Aufstockung der Personalstellen bei der entsprechenden Suchtberatung erforderlich. Die Reaktionszeit für Hilfe statt Strafe soll damit erhöht und die Wirksamkeit damit verbessert werden.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

**Der Senat wird ersucht,**

im Haushaltsplan 2021/2022, Einzelplan 4 jeweils bis zu 55.000 Euro in den Jahren 2021 und 2022 für die qualifizierte „Suchtberatung“ im Rahmen des Konzepts FreD Plus bereitzustellen und der Bürgerschaft über die Wirkungen dieser Maßnahme insbesondere auf die angestrebte Reaktionszeit von 72 Stunden sowie die Anbindung an weiter gehende Beratungsstrukturen bis zum 30.06.2022 zu berichten.